



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KREISVERBAND SPANDAU

Wahlanalyse der Wiederholungswahl in Berlin 2023

Helmut Kleebank, 2023

Damit es der SPD Berlin schnellstmöglich gelingt, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, muss die SPD das Wahlergebnis aufarbeiten. Dafür benötigt es im ersten Schritt eine Analyse der eigenen Versäumnisse sowie der relevanten externen Faktoren.



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Annahmen: Mögliche Ursachen für die Stimmenverluste der SPD	2
3	Das Wahlergebnis 2023	3
3.1	Tabellarisch: Ergebnisse für Spandau in absoluten/relativen Zahlen: Erststimme	4
3.2	Tabellarisch: Ergebnisse für Spandau in relativen/absoluten Zahlen: Zweitstimme	6
4	Analyse der Annahmen anhand ausgewählter Stimmbezirke.....	8
4.1.	Ergebnisse Annahmen 1 und 2	8
4.1.1.	Verwendete Daten für Annahmen 1 und 2	9
5.	Analyse der Annahmen anhand statistischer Daten für ganz Berlin.....	14
5.1.	Ergebnisse Annahme 3.....	14
5.1.1.	Verwendete Daten für Annahme 3.....	15
5.2.	Ergebnisse Annahme 4.....	16
5.2.1.	Verwendete Daten für Annahme 4.....	16
5.3.	Ergebnisse Annahme 5:.....	18
5.3.1.	Verwendete Daten für Annahme 5.....	19
5.4.	Ergebnisse Annahme 6.....	20
5.4.1.	Verwendete Daten für Annahme 6.....	21
5.5.	Ergebnisse Annahme 7.....	22
5.5.1.	Verwendete Daten für Annahme 7.....	23
6.	Strukturelle Aspekte der Erzählung der versagenden Stadt	24
7.	Analyse der Annahme 8 anhand der politikwissenschaftlichen Theorie der Konfliktlinien .	26
7.1.	Ergebnisse Annahme 8.....	26
7.2.	Abbildung der Konfliktlinien in Berlin in den Kampagnen von SPD, CDU und Grünen ...	27
8.	Zusammenfassung:	29

1 Einleitung

Die SPD hat bei der Wiederholungswahl 2023 ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl zu verzeichnen. Es ist nicht die erste verlorene Wahl der vergangenen Jahre. Umso wichtiger ist es, aus dieser Niederlage zu lernen und die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Misstände und Entwicklungen, die jeweils ihren Beitrag zum Wahlergebnis geleistet haben, müssen wir benennen. Schließlich haben viele Mitglieder auf allen Ebenen Zeit, Emotionen und Energie in diesen herausfordernden Winterwahlkampf gesteckt. Sie erwarten zurecht eine ernsthafte Aufbereitung der Wahlniederlage 2023.

Der erste Schritt einer ernsthaften Aufbereitung ist eine Ursachenforschung. Dafür werden im Folgenden Annahmen aufgestellt und anhand der vorliegenden Daten bewertet. Im Ergebnis werden sich manche der zunächst plausibel klingenden Annahmen nicht bestätigen oder nach Gewichtung von Argumenten weitaus weniger Gewicht im Gesamtergebnis einnehmen, als man das im ersten Moment denken mag. Das heißt teilweise auch, Abschied von vermeintlichen Gewissheiten zu nehmen.

Der Kreisvorstand der SPD Spandau hat unmittelbar nach der Wahl beschlossen, das Wahlergebnis systematisch aufzubereiten, und das folgende Verfahren festgelegt.

In einer ersten Phase unmittelbar nach der Wahl am 12.02.2023 besuchten Mitglieder des Kreisvorstandes die Abteilungen, um individuelle Meinungen zu sammeln, die mit in die Wahlanalyse einfließen sollen. Dabei wurden Annahmen aufgestellt, die erste Anknüpfungspunkte für die Analyse der Wahlniederlage liefern sollen.

In der zweiten Phase wurden diese Annahmen systematisch mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Daten ausgewertet.

In einer dritten Phase werden die gesammelten Ergebnisse auf einer Kreisdelegiertenversammlung am 29.04.2023 vorgestellt und zur Diskussion gestellt. Daraus sollen anschließend gemeinsam die notwendigen Schlüsse gezogen werden, um die Arbeit der SPD Spandau neu auszurichten.

Parallel hat der Landesvorstand eine interne „Wahlen-wieder-gewinnen- und Parteiorganisation-Kommission“ eingesetzt. Ziel ist es, einen Bericht mit Handlungsempfehlungen für die kommenden Wahlen von 2024 bis 2026 sowie für die Parteiorganisation zu erarbeiten und die Arbeit der Kommission bis Ende 2023 abzuschließen und im Landesvorstand und auf dem Landesparteitag I/2024 die Ergebnisse zu beraten und mit den nötigen Maßnahmen umzusetzen.

2 Annahmen: Mögliche Ursachen für die Stimmenverluste der SPD¹

1. Annahme: Die SPD hat die Wahl in den bürgerlich geprägten Lebenswelten verloren (Analyse am Beispiel Spandau – WK 5 und WK 4).
2. Annahme: Die SPD hat es nicht geschafft, ihre Wähler:innen (Stammwählerschaft + Wechselwähler:innen + Nichtwähler:innen) zu mobilisieren (Analyse am Beispiel Spandau).
3. Annahme: Die SPD erreicht weite Teile der Jugend und andere Zielgruppen nicht.
4. Annahme: Die SPD ist in den für die Bürger:innen relevantesten Themen nicht klar und „bürgerlich“ genug („Nebelfahrt“).
5. Annahme: Das Spitzenpersonal der SPD im Senat hat nicht ausreichend überzeugt.
6. Annahme: Die Wahlentscheidung basiert überwiegend auf Emotionen und weniger auf Fakten. (Protestcharakter) + Vergleich der Kampagnen
7. Annahme: Die Erzählung von der versagenden Stadt wurde insbesondere der SPD angelastet.
8. Annahme: Die SPD bediente im Wahlkampf keinen gesellschaftlichen Konflikt. Das Narrativ einer SPD, die Politik „für alle“ macht, ist gescheitert.

¹ Unter besonderer Berücksichtigung der Spandauer Ergebnisse

3 Das Wahlergebnis 2023

- Nach 21 Jahren ist die SPD Berlin bei den Berliner Wahlen am 12. Februar 2023 zum Abgeordnetenhaus nur noch zweitstärkste Kraft geworden.
- Mit 28,2 Prozent stand die CDU als Wahlsieger eindeutig fest. Sie wird zum ersten Mal seit 1999 wieder stärkste Kraft.
- Die SPD lag ganz knapp mit 53 Stimmen vor den Grünen – beide Parteien kamen bei der Wiederholung der Abgeordnetenhauswahl auf 18,4 Prozent.
- Im Rahmen der Wahlwiederholung wurden nur vier Direktmandate (2021: 25 Direktmandate): Tempelhof-Schöneberg 3, Neukölln 3, Treptow-Köpenick 2, Pankow 3.
- Die SPD konnte lediglich 1,5% mehr Erststimmen als Zweitstimmen einfahren, was für einen schwachen Kandidatenfaktor spricht. Die Wähler:innen haben die SPD insgesamt abgestraft.
- In keinem der zwölf Bezirke ist die SPD nach den Berliner Wahlen 2023 die führende Kraft: in vier Bezirken ist sie zweitstärkste Kraft geworden, in sieben Bezirken nur noch drittstärkste Kraft, und in Pankow sogar nur noch auf dem 4. Platz gelandet.
 - o Das bedeutet den Verlust von sieben Bezirksamtsmitgliedern.
- In absoluten Zahlen erzielte die SPD Berlin 111.351 Stimmen weniger als 2021.
 - o Verluste und Wählerwandeuerung: Nichtwähler:innen (57.000), CDU (53.000), Generationswechsel (8.000), AfD (4.000), Andere (3.000)
 - o Gewinne: Grüne (12.000), Linke (2.000), FDP (2.000)
- Die Wahlbeteiligung lag berlinweit bei 63% (2021: 75,4% und 2016: 66,9%).
 - o Wahlbeteiligung in Spandau: 56,9 % (2021: 70,6% und 2016: 63,3%).
- Das „relativ gute“ Ergebnis 2021 wurde maßgeblich durch die BT-Wahl und den Aufwärtstrend der SPD mitgeprägt. Der negative Trend begann bereits 2016.
- In Spandau gingen alle fünf Direktmandate an die CDU (2021: drei SPD, zwei CDU).
- In Spandau fährt die SPD mit 21,5% berlinweit ihr bestes Zweitstimmenergebnis ein.
- Den höchsten Stimmverlust bei den Zweitstimmen gab es mit -5,40% in WK 4.
- Den niedrigsten Stimmenverlust bei der Zweitstimme gab es mit -3,6% in WK 5.
- Bei den Erststimmen war der Verlust in WK 2 mit -6,3% (-2.023 Wähler:innen) am höchsten. Am niedrigsten fiel der Verlust in WK 5 mit -3,1% (-1.527 Wähler:innen) aus.
- Allerdings fiel die Wahlbeteiligung in WK 2 auch am geringsten aus. Insgesamt haben im Vergleich zu 2021 5,393 Wähler:innen weniger abgestimmt, während in WK 5 lediglich 3.732 Wähler:innen weniger zur Wahl gingen.

3.1 Tabellarisch: Ergebnisse für Spandau in absoluten/relativen Zahlen: Erststimme

	2016	2021	2023	G/V 2016 -> 2023	G/V 2021 -> 2023
<i>Wahlkreis 1 (Sebahat Atli)</i>					
Wahlbeteiligung	20.337 (60,4%)	23.048 (68,0%)	17.655 (53,2%)	-2.682 (-7,3%)	-5.393 (-14,8%)
SPD	6.138 (31,0%)	6.346 (28,7%)	4.323 (24,5%)	-1.815 (-6,5%)	-2.023 (-4,2%)
CDU	5.199 (26,3%)	5.594 (25,3%)	6.585 (37,3%)	1.386 (+11,0%)	991 (+12,0%)
Grüne	1.467 (7,4%)	2.356 (10,7%)	1.615 (9,1%)	148 (+1,7%)	-741 (-1,5%)
Linke	1.258 (6,4%)	1.385 (6,3%)	832 (4,7%)	-426 (-1,6%)	-553 (-1,6%)
AfD	3.561 (18,0%)	2.469 (11,2%)	2.227 (12,6%)	-1.334 (-5,4%)	-242 (+1,4%)
FDP	1.252 (6,3%)	1.688 (7,6%)	725 (4,1%)	-527 (-2,2%)	-963 (-3,5%)
<i>Wahlkreis 2 (Raed Saleh)</i>					
Wahlbeteiligung	17.809 (57,7%)	19.265 (66,0%)	14.531 (50,9%)	-3.278 (-6,8%)	-4.734 (-15,1%)
SPD	6.395 (37,2%)	6.073 (32,3%)	3.684 (26,0%)	-2.711 (-11,2%)	-2.389 (-6,3%)
CDU	3.821 (22,3%)	3.959 (21,1%)	4.703 (33,2%)	882 (+11,0%)	774 (+12,2%)
Grüne	1.116 (6,5%)	2.116 (11,3%)	1.437 (10,2%)	321 (+3,7%)	-679 (-1,1%)
Linke	1.016 (5,9%)	1.208 (6,4%)	724 (5,1%)	-292 (-0,8%)	-484 (-1,3%)
AfD	3.008 (17,5%)	2.166 (11,5%)	1.886 (13,3%)	-1.122 (-4,2%)	-280 (+1,8%)
FDP	889 (5,2%)	1.310 (7,0%)	517 (3,7%)	-372 (-1,5%)	-793 (-3,3%)
<i>Wahlkreis 3 (Stephan Machulik)</i>					
Wahlbeteiligung	20.044 (61,1%)	22.094 (68,4%)	17.304 (53,3%)	-2.740 (-7,8%)	-4.790 (-15,1%)
SPD	6.848 (35,1%)	6.288 (29,2%)	4.095 (23,9%)	-2.753 (-11,2%)	-2.193 (-5,3%)
CDU	4.411 (22,6%)	4.800 (22,3%)	5.896 (34,4%)	1.485 (+11,8%)	1.096 (+12,1%)
Grüne	1.623 (8,3%)	2.912 (13,5%)	2.141 (12,5%)	-518 (+4,2%)	-771 (-1,0%)
Linke	1.382 (7,1%)	1.458 (6,8%)	936 (5,5%)	-446 (-1,6%)	-522 (-1,3%)
AfD	3.234 (16,6%)	2.188 (10,2%)	1.899 (11,1%)	-1.335 (-5,5%)	-289 (+0,9%)
FDP	1.308 (6,7%)	1.615 (7,5%)	682 (4,0%)	-626 (-2,7%)	-933 (-3,5%)

	2016	2021	2023	G/V 2016 -> 2023	G/V 2021 -> 2023
<i>Wahlkreis 4 (Hannah Erez-Hübner)</i>					
Wahlbeteiligung	21.666 (66,1%)	22.684 (72,2%)	18.564 (59,9%)	-3.102 (-6,2%)	-4.102 (-12,3%)
SPD	6.355 (30,1%)	6.407 (29,0%)	4.420 (23,0%)	-1.935 (-7,1%)	-1.987 (-6,0%)
CDU	6.411 (30,4%)	6.892 (31,2%)	8.305 (45,3)	1.894 (+15,0%)	1.413 (+14,1%)
Grüne	1.417 (6,7%)	1.962 (8,9%)	1.333 (7,3%)	-84 (+0,6%)	-629 (-1,6%)
Linke	1.264 (6,0%)	948 (4,3%)	587 (3,2%)	-677 (-2,8%)	-361 (-1,1%)
AfD	3.605 (17,1%)	2.378 (10,8%)	2.094 (11,4%)	-1.511 (-5,7%)	-284 (+0,7%)
FDP	1.398 (6,6%)	1.641 (7,4%)	658 (3,6%)	-740 (-3,0%)	-983 (-3,8%)
<i>Wahlkreis 5 (Uwe Ziesak)</i>					
Wahlbeteiligung	23.575 (72,1%)	24.968 (78,4%)	21.225 (67,4%)	-2.350 (-4,7%)	-3.743 (-10,9%)
SPD	6.392 (27,6%)	6.153 (25,0%)	4.626 (22,0%)	-1.766 (-5,6%)	-1.527 (-3,1%)
CDU	7.358 (31,8%)	8.970 (36,5%)	9.869 (46,9%)	2.511 (+15,1%)	899 (+10,4%)
Grüne	2.201 (9,5%)	3.146 (12,8%)	2.253 (10,7%)	52 (+1,2%)	-893 (-2,1%)
Linke	1.159 (5,0%)	907 (3,7%)	564 (2,7%)	-595 (-2,3%)	-343 (-1,0%)
AfD	3.490 (15,1%)	1.976 (8,0%)	1.706 (8,1%)	-1.784 (-7,0%)	-270 (+0,1%)
FDP	2.193 (9,5%)	1.886 (7,7%)	978 (4,6%)	-1.215 (-4,8%)	-908 (-3,0%)

3.2 Tabellarisch: Ergebnisse für Spandau in relativen/absoluten Zahlen: Zweitstimme

	2016	2021	2023	G/V 2016 -> 2023	G/V 2021 -> 2023
<i>Spandau (gesamt)</i>					
Wahlbeteiligung	103.431 (63,30%)	112.059 (70,60%)	89.502 (57,00%)	-13.929 -(06,30%)	-22.557 -(13,60%)
SPD	27.740 (27,40%)	28.226 (25,70%)	19.001 (21,50%)	-8.739 -(05,90%)	-9.225 -(04,20%)
CDU	24.835 (24,60%)	29.178 (26,60%)	34.519 (39,10%)	9.864 (14,50%)	5.341 (12,50%)
Grüne	8.779 (08,70%)	12.749 (11,60%)	8.928 (10,10%)	149 (01,40%)	-3.821 -(01,50%)
Linke	6.726 (06,60%)	6.162 (05,60%)	3.989 (04,50%)	-2.737 -(02,10%)	-2.713 -(01,10%)
AfD	16.748 (16,60%)	10.978 (10,00%)	9.707 (11,00%)	-7.041 -(05,60%)	-1.271 (01,00%)
FDP	7.703 (07,60%)	8.514 (07,80%)	4.045 (04,60%)	-3.658 -(03,00%)	-4.469 -(03,20%)
<i>Wahlkreis 1</i>					
Wahlbeteiligung	20.337 (60,50%)	23.048 (68,00%)	17.878 (53,20%)	-2.459 -(07,30%)	-5.170 -(14,80%)
SPD	5.596 (28,20%)	6.003 (26,40%)	3.915 (22,20%)	-1.681 -(06,00%)	-2.088 -(04,20%)
CDU	4.705 (23,70%)	5.546 (24,40%)	6.555 (37,20%)	1.850 (13,50%)	1.009 (12,80%)
Grüne	1.541 (08,30%)	2.450 (10,80%)	1.687 (09,60%)	146 (01,30%)	-763 -(01,20%)
Linke	1.330 (06,70%)	1.344 (05,90%)	855 (04,90%)	-475 -(01,80%)	-489 -(01,10%)
AfD	3.489 (17,60%)	2.508 (11,00%)	2.156 (12,20%)	-1.333 -(05,30%)	-352 (01,20%)
FDP	1.264 (06,40%)	1.632 (07,20%)	725 (04,10%)	-539 -(02,30%)	-907 -(03,10%)
<i>Wahlkreis 2</i>					
Wahlbeteiligung	17.809 (57,70%)	19.265 (66,00%)	14.531 (50,90%)	-3.278 -(06,80%)	-4.734 -(15,10%)
SPD	5.308 (30,60%)	5.198 (25,70%)	3.259 (23,00%)	-2.049 -(07,60%)	-1.939 -(04,50%)
CDU	3.729 (21,50%)	4.070 (26,60%)	4.793 (33,90%)	1.064 (12,40%)	723 (12,30%)
Grüne	1.366 (07,90%)	2.183 (11,60%)	1.384 (09,80%)	18 (01,90%)	-799 -(01,80%)
Linke	1.288 (07,40%)	1.268 (06,70%)	787 (05,60%)	-501 -(01,90%)	-481 -(01,20%)
AfD	2.996 (17,30%)	2.073 (11,00%)	1.817 (12,80%)	-1.179 -(04,40%)	-256 (01,90%)
FDP	959	1.309	535	-424	-774

	(05,50%)	(06,90%)	(03,80%)	-(01,80%)	-(03,10%)
	2016	2021	2023	G/V 2016 -> 2023	G/V 2021 -> 2023
<i>Wahlkreis 3</i>					
Wahlbeteiligung	20.044 (61,10%)	22.094 (68,40%)	17.304 (53,30%)	-2.740 -(07,80%)	-4.790 -(15,10%)
SPD	5.579 (28,50%)	4.441 (25,20%)	3.642 (21,30%)	-1.937 -(07,30%)	-799 -(04,00%)
CDU	4.170 (21,30%)	4.837 (22,40%)	5.891 (34,40%)	1.721 (13,10%)	1.054 (12,00%)
Grüne	1.843 (09,40%)	2.881 (13,40%)	2.080 (12,10%)	237 (02,70%)	-801 -(01,20%)
Linke	1.493 (07,60%)	1.501 (07,00%)	1.016 (05,90%)	-477 -(01,70%)	-485 -(01,00%)
AfD	3.181 (16,30%)	2.097 (09,70%)	1.858 (10,80%)	-1.323 -(05,40%)	-239 (01,10%)
FDP	1.372 (07,00%)	1.616 (07,50%)	776 (04,50%)	-596 -(02,50%)	-840 -(03,00%)
<i>Wahlkreis 4</i>					
Wahlbeteiligung	21.666 (66,10%)	22.684 (72,20%)	18.564 (59,90%)	-3.102 -(06,20%)	-4.120 -(12,30%)
SPD	5.723 (27,00%)	5.844 (26,60%)	3.886 (21,20%)	-1.837 -(05,80%)	-1.958 -(05,40%)
CDU	5.744 (27,10%)	6.570 (29,90%)	8.048 (43,90%)	2.304 (16,80%)	1.478 (14,00%)
Grüne	1.572 (07,40%)	2.018 (09,20%)	1.424 (07,80%)	-148 (00,30%)	-594 -(01,40%)
Linke	1.327 (06,30%)	1.014 (04,60%)	639 (03,50%)	638 -(02,80%)	-375 -(01,10%)
AfD	3.624 (17,10%)	2.304 (10,50%)	2.079 (11,30%)	-1.545 -(05,80%)	-225 (00,80%)
FDP	1.465 (06,90%)	1.701 (07,70%)	755 (04,10%)	-710 -(02,80%)	-946 -(03,60%)
<i>Wahlkreis 5</i>					
Wahlbeteiligung	23.575 (72,10%)	24.968 (78,30%)	21.225 (67,40%)	-2.350 -(04,70%)	-3.743 -(10,90%)
SPD	5.534 (23,80%)	5.740 (23,30%)	4.299 (20,40%)	-1.235 -(03,40%)	-1.441 -(02,80%)
CDU	6.487 (28,00%)	8.155 (33,00%)	9.232 (43,90%)	2.745 (15,90%)	1.077 (10,80%)
Grüne	2.357 (10,20%)	3.217 (13,00%)	2.353 (11,20%)	-4 (01,00%)	-864 -(01,90%)
Linke	1.288 (05,60%)	1.035 (04,20%)	692 (03,30%)	-596 -(02,30%)	-343 -(00,90%)
AfD	3.458 (14,90%)	1.996 (08,10%)	1.799 (08,50%)	-1.659 -(06,40%)	-197 (00,50%)
FDP	2.643 (11,40%)	2.256 (09,10%)	1.254 (06,00%)	-1.389 -(05,40%)	-1.002 -(03,20%)

4 Analyse der Annahmen anhand ausgewählter Stimmbezirke

Die **ersten beiden Annahmen** werden anhand ausgewählter Stimmbezirke im Spandauer Wahlkreis 05 ausgewertet. Dafür werden verschiedene Stimmbezirke aus WK 5 in eine der beiden Kategorien Einfamilienhäuser oder Großsiedlungen, mit entsprechender bürgerlich konsolidierter oder prekärer Prägung eingeteilt.

Anschließend werden die **prozentualen Stimmergebnisse** 2021 und 2023² von den sechs im AGH vertretenden Parteien tabellarisch miteinander verglichen. Darüber hinaus liegt ein besonderer Schwerpunkt für die Auswertung der beiden Annahmen, in der Untersuchung der **Wahlergebnisse nach Kiezbevölkerung** sowie der **Wahlbeteiligung**.

4.1. Ergebnisse Annahmen 1 und 2

Erste Annahme: Die SPD hat die Wahl in den bürgerlich geprägten Lebenswelten verloren.

Zweite Annahme: Die SPD hat es nicht geschafft, ihre Wähler:innen (Stammwählerschaft + Wechselwähler:innen + Nichtwähler:innen) zu mobilisieren.

- Die SPD verliert in den Großsiedlungen prozentual mehr als bei den Einfamilienhäusern. [1]
- Die SPD verliert in den Gegenden, mit hohem ALG-II-Anteil mehr, als in Gegenden mit niedrigerem Anteil an ALG-II-Empfänger:innen. [2]
- Die Zweitstimme bleibt in den bürgerlich konsolidierten Stimmbezirken relativ stabil. [1]
- Die Gewinne der CDU in den bürgerlichen Stimmbezirken liegen deutlich über den Verlusten der SPD – hier konnten sie zusätzlich bei anderen Parteien Stimmen abschöpfen. [1]
- Die SPD verliert verstärkt dort, wo die Wahlbeteiligung massiv gesunken ist. [3]
- In den bürgerlichen Stimmbezirken hat die CDU eine starke Basis, die SPD hat hier eine kleine, aber relativ „stabile“ Stammwählerschaft. [1]
- Die SPD scheint in den Gegenden mit hoher Wahlbeteiligung eine relativ kleine „stabile“ Stammwählerschaft zu haben. [3]
- Das Duell in Spandau findet in allen Stimmbezirke zwischen CDU und SPD statt. [1]
- Der SPD ist es nicht gelungen, ihre Stammwählerschaft auszubauen. [1]
- Der SPD ist es nicht gelungen, Nicht-Wähler:innen zu mobilisieren. [1,3]
- Der SPD ist es nicht gelungen, Wechselwähler:innen zu mobilisieren. [1]

² Ein Vergleich zu 2016 lässt sich nicht ohne weiteres erstellen, da die Stimmbezirke für die Wahlen ab 2021 neu zugeschnitten wurden.

4.1.1. Verwendete Daten für Annahmen 1 und 2

Für die Nachvollziehbarkeit der vorgestellten Ergebnisse sind die verwendeten Daten im Folgenden dargestellt.

Zum einen wurden für die Bearbeitung der Annahmen fünf unterschiedliche Stimmbezirke aus WK 5 nach ihrer sozioökonomischen Lage als bürgerlich konsolidiert oder prekär klassifiziert. Die Tabellen stellen, die Wahlergebnisse von SPD, CDU, Grüne, Linke, AfD und FDP von 2021 und 2023 dar. Die zwei Stimmbezirke aus WK 4 dienen dabei der Gegenüberstellung.

Zum anderen wurden die Wahlergebnisse nach Kiezbevölkerung (Anteil AGH-II-Empfänger:innen und Wahlbeteiligung) in Spandau mit Hilfe der Karten vom Tagesspiegel dargestellt.

Tabellarische Darstellung der Wahlergebnisse in ausgewählten Stimmbezirken [1]

Stimmbezirk	Wahlbeteiligung 2023 (2021)	Klassifizierung/Prägung	Beschreibung
516	72,30% (81,60%)	Bürgerlich konsolidiert	Viele Einfamilienhäuser



	Erststimme 2021	Zweitstimme 2021	Erststimme 2023	Zweitstimme 2023
SPD	26,50%	23,30%	23,00%	21,80%
CDU	37,20%	34,70%	47,70%	44,40%
Grüne	12,80%	14,40%	10,60%	10,30%
Linke	4,0%	4,1%	3,2%	4,2%
AfD	5,00%	5,10%	5,80%	6,50%
FDP	9,70%	10,9%	5,6%	7,2%

Stimmbezirk	Wahlbeteiligung 2023 (2021)	Klassifizierung	Beschreibung
511	80,30% (88,40%)	Bürgerlich konsolidiert	Viele Einfamilienhäuser



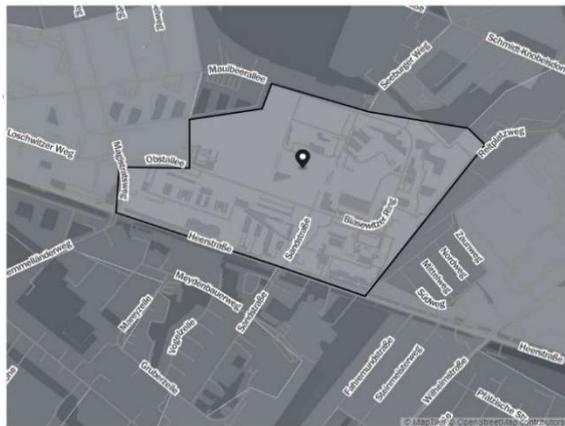
	Erststimme 2021	Zweitstimme 2021	Erststimme 2023	Zweitstimme 2023
SPD	18,40%	17,40%	18,10%	17,30%
CDU	44,20%	42,00%	51,20%	47,80%
Grüne	15,10%	15,60%	12,60%	13,50%
Linke	3,2%	3,8%	3,3%	3,5%
AfD	6,10%	5,90%	6,80%	7,60%
FDP	8,7%	10,5%	5,5%	7,6%

Stimmbezirke	Wahlbeteiligung 2023 (2021)	Klassifizierung	Beschreibung
503 und 504	77,80% (86,50%)	Bürgerlich konsolidiert	Viele Einfamilienhäuser



	Erststimme 2021	Zweitstimme 2021	Erststimme 2023	Zweitstimme 2023
SPD	23,80%	20,80%	22,90%	21,10%
CDU	42,20%	38,60%	49,10%	46,10%
Grüne	11,80%	12,60%	9,60%	10,60%
Linke	3,20%	3,80%	2,80%	3,50%
AfD	6,10%	6,30%	7,00%	7,30%
FDP	8,10%	10,10%	4,70%	6,10%

Stimmbezirke	Wahlbeteiligung 2023 (2021)	Klassifizierung	Beschreibung
514, 521 und 527	34,70% (51,70%)	Prekär	Großsiedlungen



	Erststimme 2021	Zweitstimme 2021	Erststimme 2023	Zweitstimme 2023
SPD	33,7%	30,3%	25,4%	25,0%
CDU	20,8%	19,3%	35,3%	32,3%
Grüne	7,70%	7,50%	5,50%	4,60%
Linke	5,90%	6,10%	4,30%	4,20%
AfD	16,5%	16,3%	19,1%	20,0%
FDP	6,30%	6,70%	3,90%	3,50%

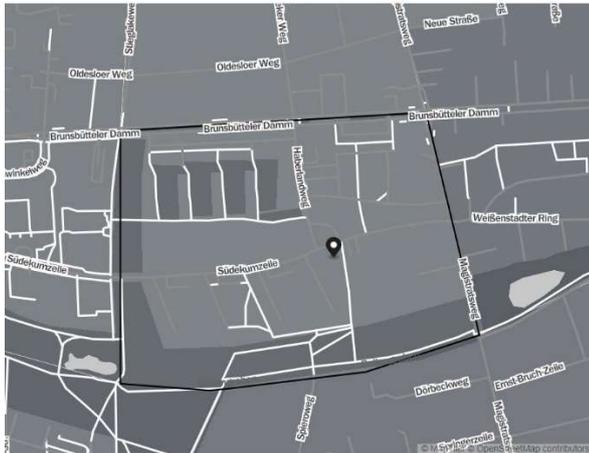
Stimmbezirke	Wahlbeteiligung 2023 (2021)	Klassifizierung	Beschreibung
501 und 530	55,60% (71,30%)	Prekär	Großsiedlungen



	Erststimme 2021	Zweitstimme 2021	Erststimme 2023	Zweitstimme 2023
SPD	28,3%	26,1%	22,3%	21,6%
CDU	26,1%	23,0%	39,2%	36,8%
Grüne	11,6%	11,4%	10,2%	9,90%
Linke	6,50%	6,90%	4,70%	5,70%
AfD	10,8%	11,1%	11,4%	10,7%
FDP	6,90%	7,10%	3,40%	3,80%

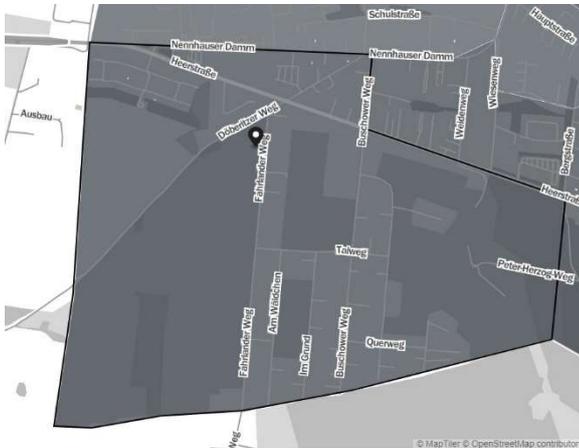
Gegenüberstellung an zwei ausgewählten Stimmbezirken in WK 4

Stimmbezirke	Wahlbeteiligung 2023 (2021)	Klassifizierung	Beschreibung
412 und 114	53,90% (65,20%%)	Prekär	Großsiedlungen



	Erststimme 2021	Zweitstimme 2021	Erststimme 2023	Zweitstimme 2023
SPD	32,2%	29,8%	22,9%	21,6%
CDU	28,6%	28,2%	43,0%	41,3%
Grüne	5,00%	5,60%	4,40%	4,20%
Linke	3,80%	4,20%	2,60%	2,50%
AfD	14,9%	14,8%	17,7%	17,9%
FDP	5,20%	5,20%	3,10%	3,10%

Stimmbezirk	Wahlbeteiligung 2023 (2021)	Klassifizierung	Beschreibung
417	72,40% (81,50 %%)	Bürgerlich konsolidiert	Viele Einfamilienhäuser



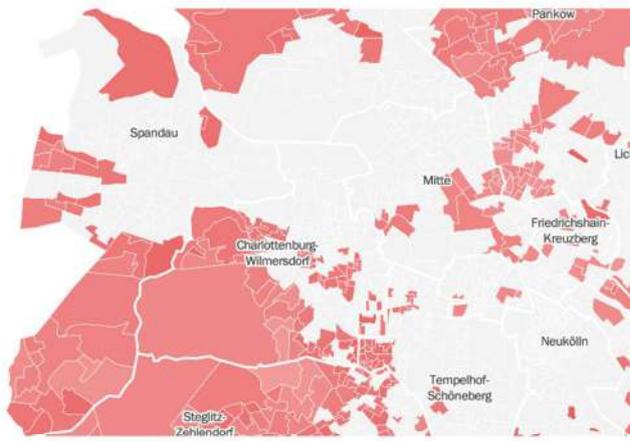
	Erststimme 2021	Zweitstimme 2021	Erststimme 2023	Zweitstimme 2023
SPD	24,0%	21,7%	24,0%	19,1%
CDU	34,0%	32,8%	48,8%	45,9%
Grüne	13,3%	13,0%	10,2%	10,8%
Linke	6,00%	7,10%	2,70%	2,70%
AfD	7,90%	7,90%	8,60%	10,1%
FDP	9,50%	10,0%	7,00%	7,30%

Wahlergebnisse nach Kiezbevölkerung

- ALG-II-Anteil [2]

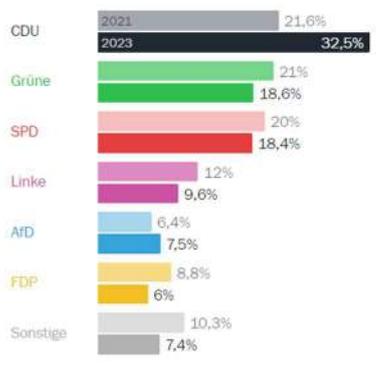
Stimmbezirke filtern ▼	Lage	Menschen über 65	ALG-II-Anteil	Migrations-hintergrund	Wahlbeteiligung	Wahlverhalten
kein Filter	im S-Bahn-Ring	viele	hoch	viele	hoch	hoher CDU-Zugewinn
	außerhalb des Rings	wenige	gering	wenige	niedrig	hoher SPD-Verlust

Gewinner	CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne	AfD	Sonstige	Beteiligung
----------	-----	------------	-----	-------	-------	-----	----------	-------------



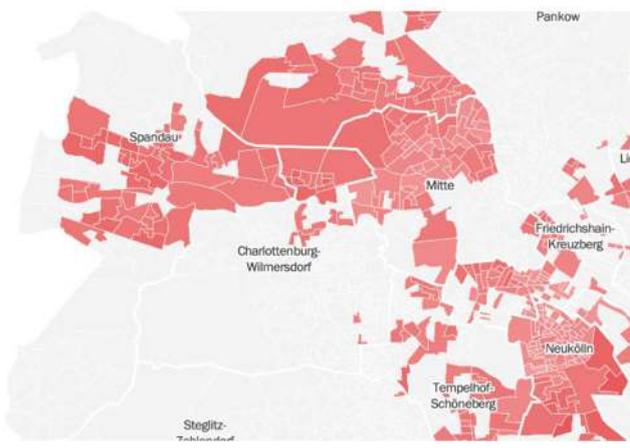
Ergebnisse in Wahlbezirken mit wenigen Hartz-IV-Empfängern

Mit Briefwahlstimmen
Wahlberechtigte: 754.375, Wahlbeteiligung: 72,8%



Stimmbezirke filtern ▼	Lage	Menschen über 65	ALG-II-Anteil	Migrations-hintergrund	Wahlbeteiligung	Wahlverhalten
kein Filter	im S-Bahn-Ring	viele	hoch	viele	hoch	hoher CDU-Zugewinn
	außerhalb des Rings	wenige	gering	wenige	niedrig	hoher SPD-Verlust

Gewinner	CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne	AfD	Sonstige	Beteiligung
----------	-----	------------	-----	-------	-------	-----	----------	-------------



Ergebnisse in Wahlbezirken mit vielen Hartz-IV-Empfängern

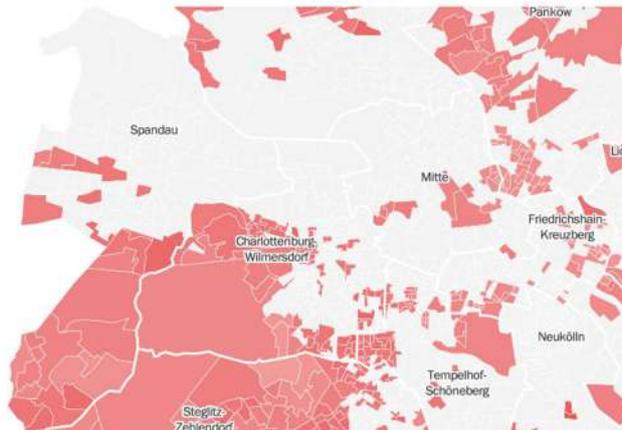
Mit Briefwahlstimmen
Wahlberechtigte: 886.060, Wahlbeteiligung: 53,4%



• **Wahlbeteiligung [3]**

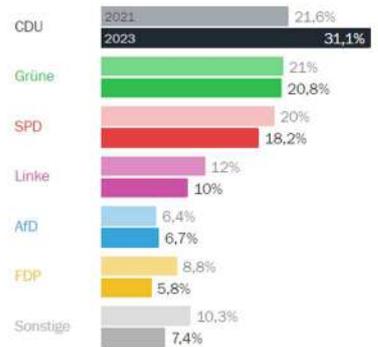
Stimmbezirke filtern ▼	Lage	Menschen über 65	ALG-II-Anteil	Migrations-hintergrund	Wahlbeteiligung	Wahlverhalten
kein Filter	im S-Bahn-Ring	viele	hoch	viele	hoch	hoher CDU-Zugewinn
	außerhalb des Rings	wenige	gering	wenige	niedrig	hoher SPD-Verlust

Gewinner	CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne	AFD	Sonstige	Beteiligung
----------	-----	------------	-----	-------	-------	-----	----------	-------------



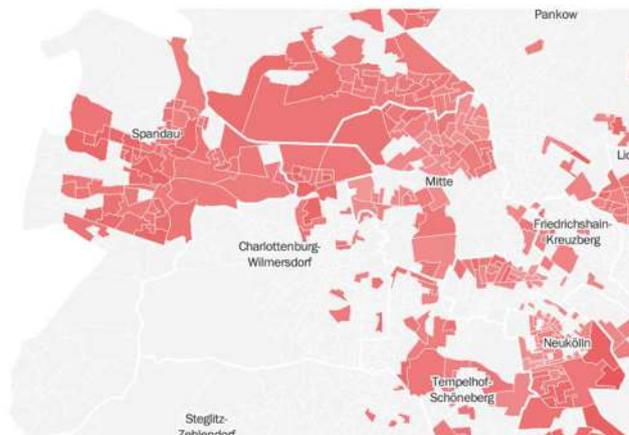
Ergebnisse in Wahlbezirken mit hoher Wahlbeteiligung

Mit Briefwahlstimmen
Wahlberechtigte: 728.727, Wahlbeteiligung: 74,3%



Stimmbezirke filtern ▼	Lage	Menschen über 65	ALG-II-Anteil	Migrations-hintergrund	Wahlbeteiligung	Wahlverhalten
kein Filter	im S-Bahn-Ring	viele	hoch	viele	hoch	hoher CDU-Zugewinn
	außerhalb des Rings	wenige	gering	wenige	niedrig	hoher SPD-Verlust

Gewinner	CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne	AFD	Sonstige	Beteiligung
----------	-----	------------	-----	-------	-------	-----	----------	-------------



Ergebnisse in Wahlbezirken mit niedriger Wahlbeteiligung

Mit Briefwahlstimmen
Wahlberechtigte: 924.067, Wahlbeteiligung: 52,2%



5. Analyse der Annahmen anhand statistischer Daten für ganz Berlin

Die folgenden Annahmen werden mit den statistischen Daten von infratest dimap ausgewertet. Aktuellster Stand der Umfragen war der 14.02.2023, um 10:00 Uhr.

5.1. Ergebnisse Annahme 3

Dritte Annahme: Die SPD erreicht weite Teile der Jugend und anderer Zielgruppen nicht.

Die **dritte Annahme** wird anhand statistischer Daten von infratest dimap ausgewertet.

- Die SPD erzielte ihre stärksten Ergebnisse bei den **Ü60-Jährigen** (26 Prozent) bzw. Rentnerinnen und Rentnern (30 Prozent) und Personen **mit formal niedriger Bildung** (25 Prozent). [4,6]
- Allerdings verlor die SPD gegenüber 2021 deutlich (zwischen 9 und 6 Punkten) in diesen Gruppen (**Ü60, formal niedrige Bildung**) und blieb deutlich hinter der CDU zurück. [6]
- Die CDU im Vergleich zu 2021 in allen Bevölkerungsgruppen an Rückhalt hinzugewinnen. Am stärksten verbesserte sie sich bei den **niedrig und mittel Gebildeten** (plus 22 bzw. 13 Prozent), sowie bei den Wählerinnen und Wählern **ab 45 bzw. 60 Jahren** (plus 13 bzw. 11 Prozent). In diesen Gruppen erzielte sie mit 32 bis 39 Prozent ihre besten Ergebnisse.
- Bei den **Jung- und Erstwählenden** (18-24 Jährigen) bestätigte sie ihr Ergebnis von 2021 (11 Prozent). [5]
- Auch wenn die SPD ihr Ergebnis bei den **18-24 Jährigen** stabil halten konnte, sind 11% Zustimmung in dieser Zielgruppe deutlich unter den Erwartungen.
- Dazu kommt, dass die SPD 8.000 Wähler:innen an den **Generationenwechsel** verloren hat (Verhältnis Verstorbene zu Erstwählern). [6]
- Die aktuelle **Kernwählerschaft** besteht weiterhin v.a. aus **Älteren** und schon **lang in Berlin lebenden Mitbürger:innen**. Dadurch ist die SPD stärker als andere Parteien von der demographischen Entwicklung betroffen. [6]

5.1.1. Verwendete Daten für Annahme 3

Für die Nachvollziehbarkeit der vorgestellten Ergebnisse sind die verwendeten Daten im Folgenden dargestellt.



Gesamt		+/-	Bildung		+/-	Wahl wegen		+/-
18 - 24 Jahre	11	0	niedrig	25	-9	Kandidat	32	-6
25 - 34 Jahre	10	-2	mittel	19	-4	Programm	38	-1
35 - 44 Jahre	14	-1	hoch	17	-2	langfristige Parteibindung	29	13
45 - 59 Jahre	17	-3	Beschäftigung			Wahl aufgrund		
60 und älter	26	-7	Rentner	30	-6	Überzeugung	68	6
Frauen	20	-3	Arbeiter	16	-4	Enttäuschung	27	-1
18 - 24 Jahre	11	0	Angestellte	14	-2	Führung Berliner Senat		Ges.
25 - 34 Jahre	11	-1	Beamte	23	-3	SPD	93	28
35 - 44 Jahre	15	-1	Selbständige	11	-4	CDU	3	36
45 - 59 Jahre	18	-3	wirtsch. Lage			Grüne	1	25
60 und älter	27	-8	sehr gut/ gut	19	-3	Koalitionen		Ges.
Männer	17	-4	weniger gut/schlecht	16	-2	SPD, Grüne und Linke	54	38
18 - 24 Jahre	12	0	Wohndauer Berlin			SPD, CDU und FDP	27	28
25 - 34 Jahre	10	-2	weniger als 10 Jahre	11		SPD, Grüne und FDP	32	19
35 - 44 Jahre	12	-2	10 bis 19 Jahre	16		SPD, CDU und Grüne	26	17
45 - 59 Jahre	16	-4	20 Jahre und länger	20		CDU, Grüne und FDP	6	14
60 und älter	24	-7				SPD und CDU	32	30
						SPD und Grüne	42	32
						CDU und Grüne	7	16

[6]

5.2. Ergebnisse Annahme 4³

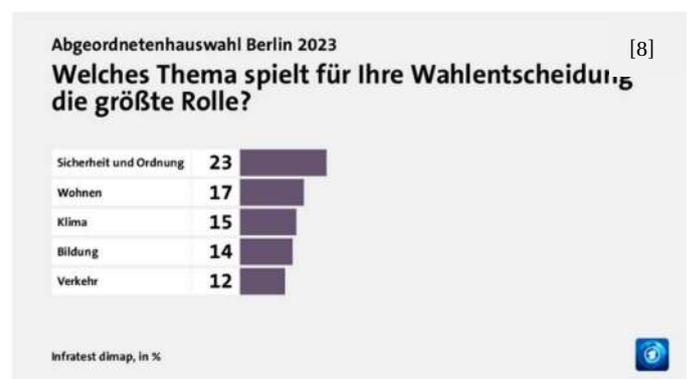
Vierte Annahme: Die SPD ist in den für die Bürger:innen relevantesten Themen nicht klar und „bürgerlich“ genug („Nebelfahrt“).

Die **vierte Annahme** wird anhand statistischer Daten von infratest dimap ausgewertet. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Kompetenzzuschreibung der Wähler:innen an die SPD gelegt.

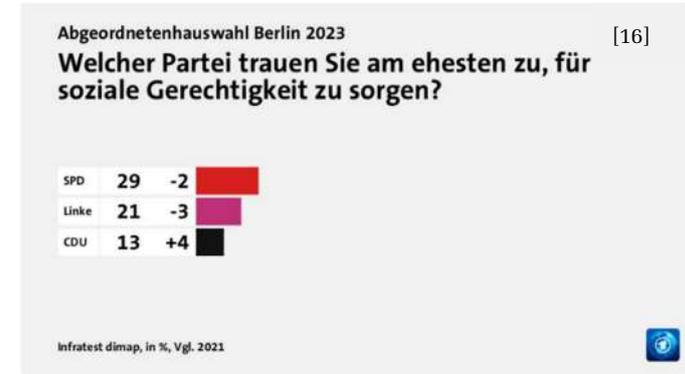
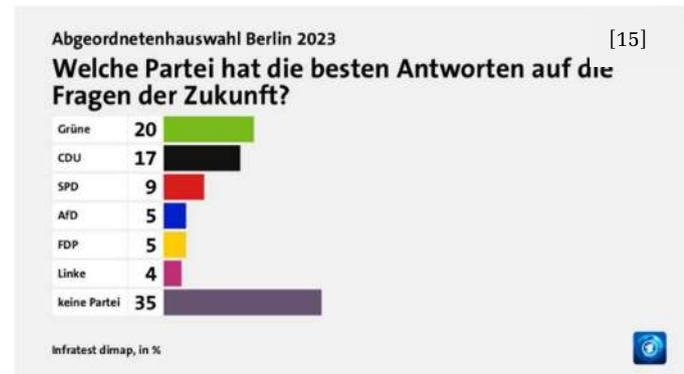
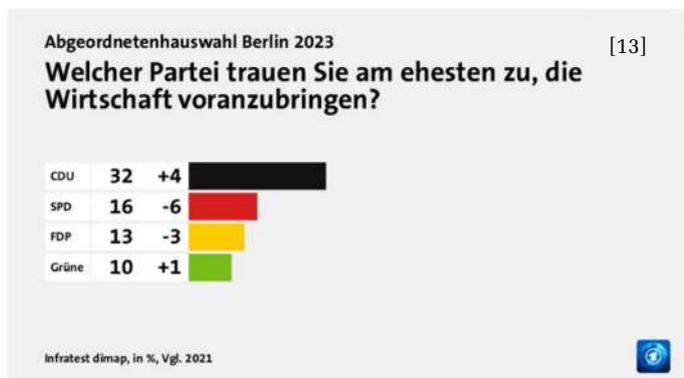
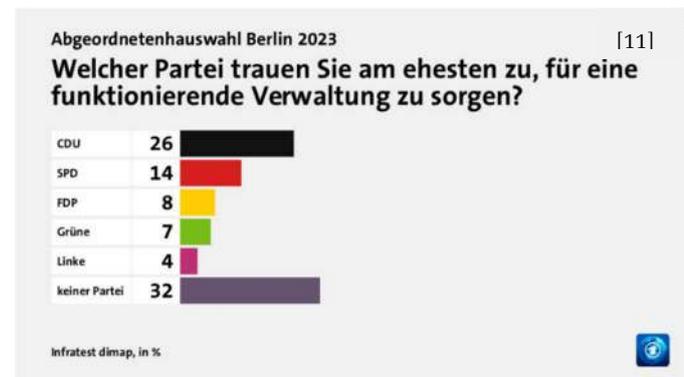
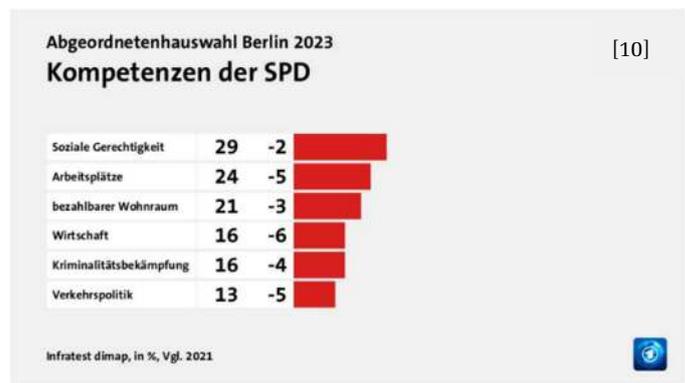
- Die **Sozialpolitik** bleibt ein zentrales Thema der SPD, allerdings konnte hier trotz einiger Erfolge in der vergangenen Legislatur (9€-Sozialticket) kein Vertrauen hinzugewonnen werden. [9,10,16]
- Laut Wählerumfragen (bezogen auf die AGH-Wahlen) waren die Themen Sicherheit, Wohnen, Klima, Bildung und Verkehr **wahlentscheidend** (in dieser Reihenfolge, dabei mit deutlichem Abstand Sicherheit an erster Stelle). [
- Vergleicht man dies mit den Kompetenzzuschreibungen an die SPD (soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze, Wohnen, Wirtschaft, Kriminalität, Verkehr), wird eine **Lücke zwischen Anforderung der Wähler und Profil der Partei deutlich**, zumal die SPD in allen Bereichen seit 2021 in den Augen der Wähler:innen an Kompetenzen verloren hat, und ihr beim Thema **Klima/Umwelt** offenbar gar keine Kompetenz zugeschrieben wird. [11,12,13,14]
- Laut Wählerumfragen hat sie SPD **wichtige politische Anliegen nicht ausreichend erkannt oder ein unzureichendes Angebot** unterbreitet. [7,8]
- Wirklich besorgniserregend ist die Tatsache, dass die SPD es **nicht schafft mit ihrem Zukunftsplan** zu überzeugen und nur 9% angeben, dass sie die besten Antworten auf die Fragen der Zukunft bereithält. [15]

5.2.1. Verwendete Daten für Annahme 4

Für die Nachvollziehbarkeit der vorgestellten Ergebnisse sind die verwendeten Daten im Folgenden dargestellt.



³ Ergänzend werden die Ausführungen von Holger Friedrich im *Reader zur Wahlanalyse*: S. 49ff. empfohlen.



5.3. Ergebnisse Annahme 5:

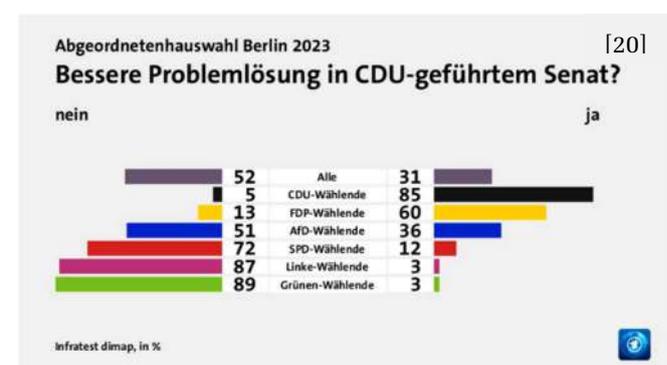
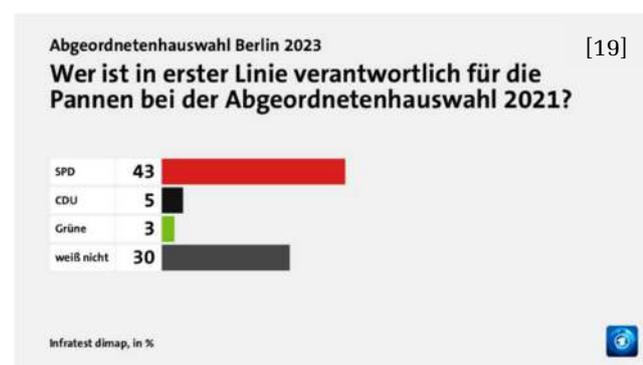
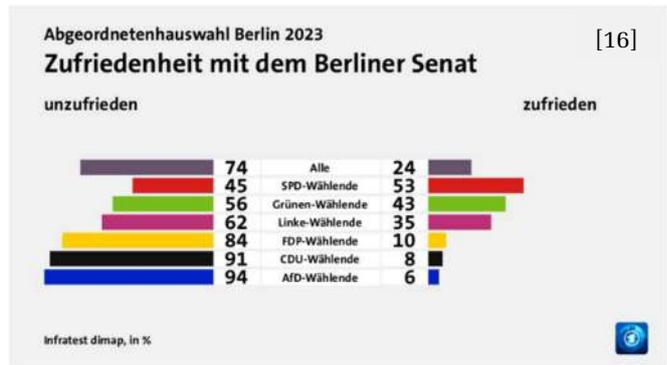
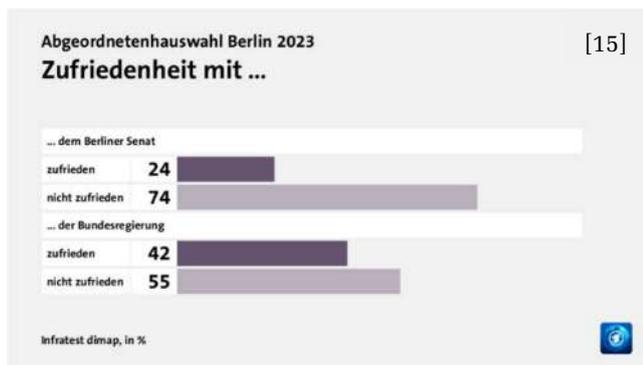
Fünfte Annahme: Das Spitzenpersonal der SPD im Senat hat nicht ausreichend überzeugt.

Über einzelne Senatsmitglieder und ihre Arbeit liegen keine Daten vor. Somit ergeben sich Rückschlüsse auf die **fünfte Annahme** nur durch die Darstellung in den Medien sowie durch die Rückschlüsse auf die Kompetenzzuschreibung der Parteien im Rahmen der Statistischen Daten, erhoben von Infratest dimap.

- Der Berliner Senat konnte die Wähler:innen nicht ausreichend von sich überzeugen. [15,16]
- Offenbar **fehlte es an überzeugenden Persönlichkeiten**, die die thematischen Defizite ausgleichen konnten.
- In den Bereichen, die die Wähler:innen am meisten bewegt haben, konnten wir trotz Federführung im Senat **keine ausreichenden und überzeugenden Akzente** setzen. [8,9]
- Die Wähler:innen konnten nicht oder nur sehr schwer nachvollziehen, dass nach der Pannenwahl 2021, bis auf die Landeswahlleiterin, **keinerlei persönliche Konsequenzen** gezogen wurden. [19]
- Franziska Giffey war die **populärste Spitzenkandidatin** und hat dadurch sicher in positivem Sinn zu dem Wahlergebnis beigetragen. [17,18]
- Mehr als die Hälfte der Befragten war zufrieden mit der Arbeit von Franziska Giffey als Regierende Bürgermeisterin, während lediglich 24% angaben, zufrieden mit dem Berliner Senat zu sein. [17,18]
- Der Verlust des Direktmandates in Neukölln – entsprechend des Verlustes des Direktmandates von Raed Saleh als Fraktions- und Co-Landesvorsitzender in Spandau – machen deutlich, dass die **Popularität nur eine untergeordnete Rolle** gespielt hat.
- Darüber hinaus hat die SPD nur noch 4 statt vorher 21 Direktmandate berlinweit gewinnen können, auch gibt es in allen BVVen, trotz vorhandener SPD-Bürgermeister:innen/Stadträt:innen keine sozialdemokratischen Mehrheiten mehr.

5.3.1. Verwendete Daten für Annahme 5

Über einzelne Senatsmitglieder und ihre Arbeit liegen keine Daten vor. Somit ergeben sich Rückschlüsse auf das Spitzenpersonal nur durch die Darstellung in den Medien sowie durch die Rückschlüsse auf die Kompetenzzuschreibung der Parteien im Rahmen der Statistischen Daten, erhoben von Infratest dimap.



5.4. Ergebnisse Annahme 6

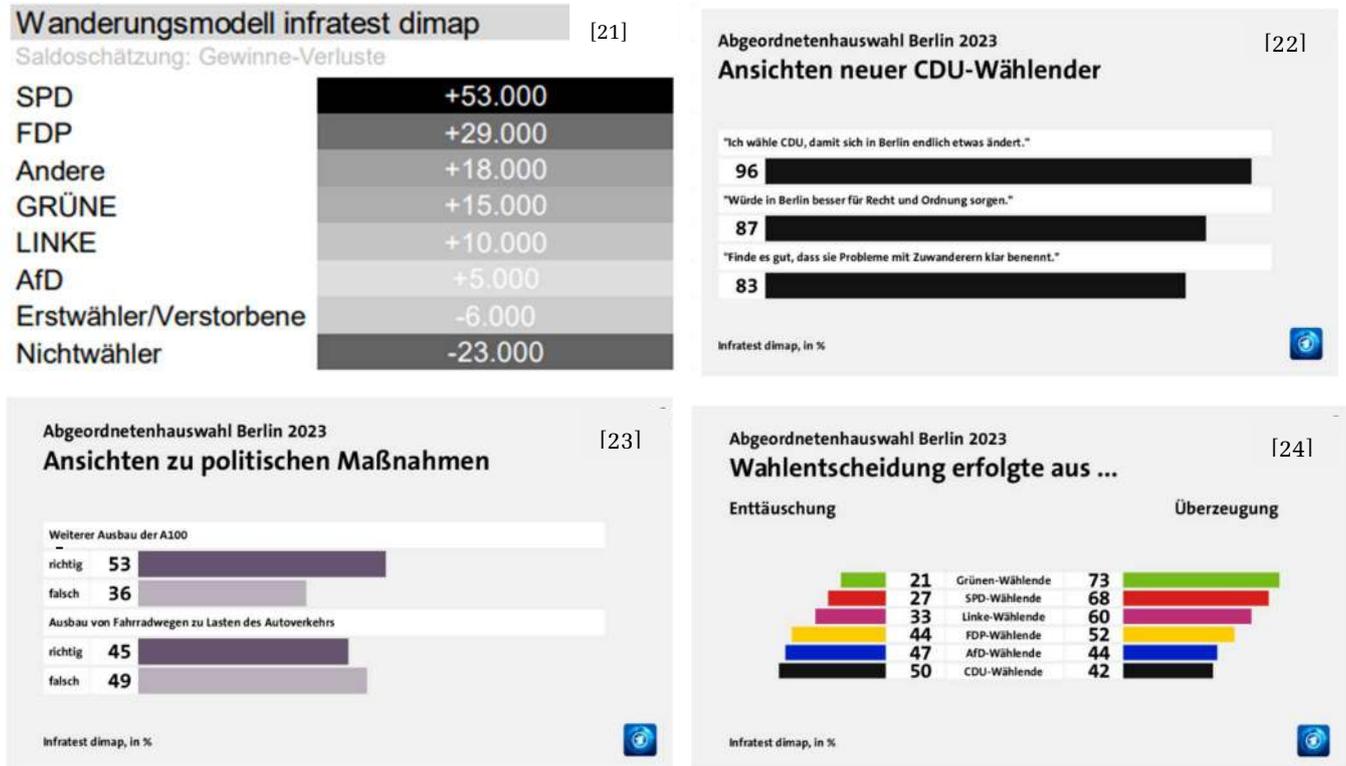
Sechste Annahme: Die Wahlentscheidung basiert überwiegend auf Emotionen und weniger auf Fakten. (Protestcharakter)

Die **sechste Annahme** wird anhand des Wanderungssaldos der CDU und mit statistischen Daten von infratest dimap ausgewertet.

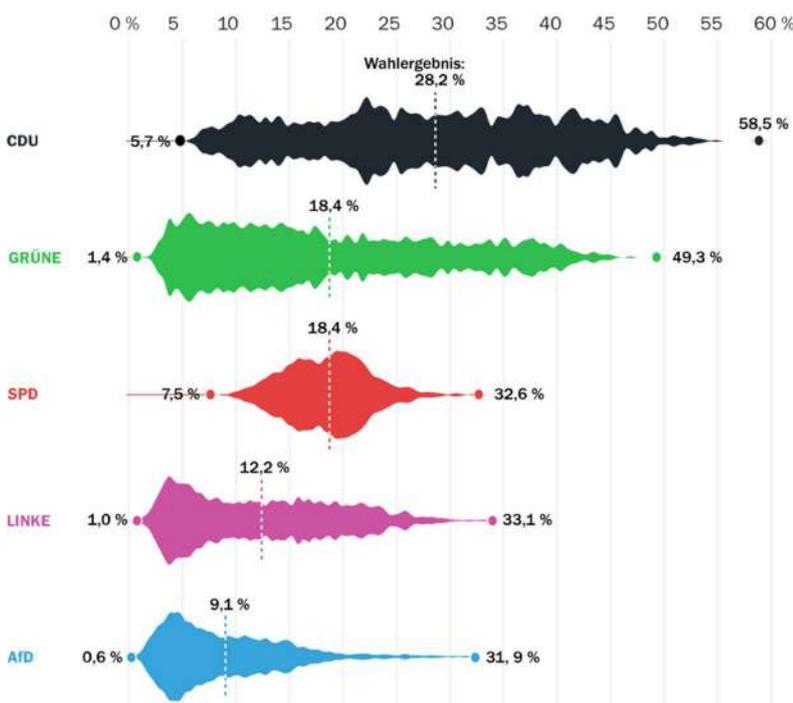
- Die CDU hat es geschafft, Wähler:innen von allen anderen Parteien zu mobilisieren. [21]
- Für die Wähler:innen war weniger die Stärke der CDU sondern eher die Unmut über den Senat wahlentscheidend. [23]
- Jeder zweite CDU-Wähler hat angegeben, dass er die Partei nicht aus Überzeugung, sondern, aus Enttäuschung gegenüber den anderen Parteien gewählt hat. [23]
- Wahlmotive der CDU-Wähler:innen [17]
 - o Enttäuschung (50%, +17%)
 - o Kandidatenfaktor (16%, -4%)
- Es hat sich bei der Wiederholungswahl um eine sehr **polarisierte Wahl** gehandelt, was sich auch in den Ansichten zu politischen Maßnahmen widerspiegelt (Auto vs. Fahrrad). [23]
- Während es bei dieser Wahl grüne und schwarze Hochburgen in Berlin gab, in denen die Hälfte aller Wähler:innen für die jeweilige Partei stimmten, gab es diese für die SPD nicht. [25]
- Grüne und SPD kommen in Berlin auf das gleiche Gesamtergebnis von 18,4 Prozent. Das Ergebnis der Grünen streut stärker, die Stimmverteilung der SPD ist kompakter. Das heißt, die **Grünen polarisieren stärker, ähnlich wie die CDU**. [25]
- **SPD Wähler:innen leben gleichmäßiger über ganz Berlin verteilt**. Die Zustimmung zur Partei ist weniger stark von ihrem Wohnort beeinflusst als bei Anhänger:innen der anderen Parteien. [25]
- Die Stimmanteile der SPD liegt nur zwischen 7,6 Prozent in Friedrichshain-Kreuzberg und 32,6 Prozent in Neukölln. Sie erreichte in den meisten Stimmbezirken zwischen 15 und 25 Prozent. [25]

5.4.1. Verwendete Daten für Annahme 6

Für die Nachvollziehbarkeit der vorgestellten Ergebnisse werden die verwendeten Daten im Folgenden dargestellt.



Stimmanteil für ausgewählte Parteien nach Stimmbezirken [25]



Das „Violinendiagramm“ stellt die Verteilung der Wählerstimmen dar. Dafür werden die Stimmanteile, die die Parteien in jedem der etwa 1500 (Brief-)Wahlbezirke erzielt hat, betrachtet.

Je dicker der farbige Bereich an einer Stelle ist, desto mehr Stimmbezirke haben für die Partei mit dem angegebenen Prozentsatz gestimmt.

Die Stimmbezirke mit dem höchsten und niedrigsten Wahlergebnis für die jeweilige Partei sind mit einem Punkt hervorgehoben.

5.5. Ergebnisse Annahme 7

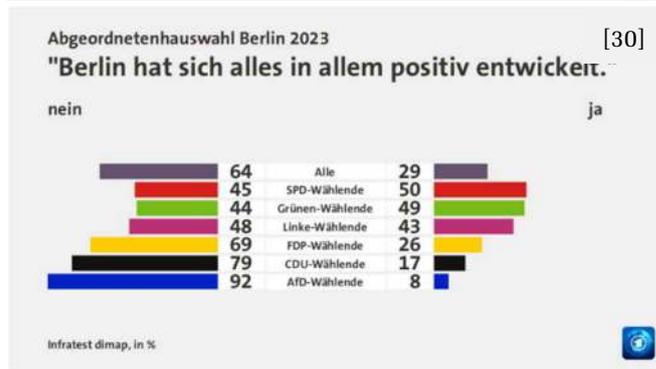
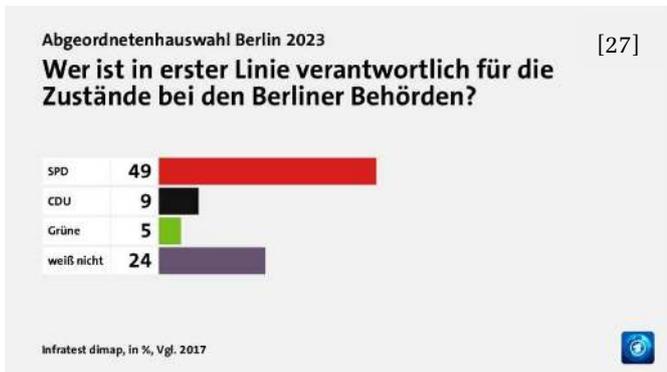
Siebte Annahme: Die Erzählung der versagenden Stadt wurde insbesondere der SPD angelastet.

Die **siebte Annahme** wird anhand statistischer Daten von infratest dimap ausgewertet.

- Die SPD wird größtenteils für die **drängendsten Probleme** in Berlin verantwortlich gemacht. [27,28,29]
 - o Berliner Behörden: 49%
 - o Fehlende Wohnungen: 38%
- Trotzdem glauben nur 30% daran, dass es eine **bessere Problemlösung** in einem CDU-geführten Senat geben würde. [20]
- Gleichzeitig hat die SPD enorm an **Vertrauen eingebüßt**, dass sie die anstehenden Aufgaben lösen kann. [31]
- Lediglich 17% trauen der SPD zu, die wichtigsten Aufgaben in Berlin zu lösen. [31]
- Ganze 64% der Berliner:innen sind **unzufrieden mit der Entwicklung der Stadt**, deckt sind in etwa mit der Zufriedenheit mit dem Senat an sich. [30]
- Die Grünen polarisieren mit ihrer Politik: Während sie für die schwierigen Verkehrsverhältnisse in der Stadt verantwortlich gemacht werden, schreiben Ihnen die Bürger:innen gleichzeitig die zweit meisten Kompetenzen in diesem Bereich zu. [28,22]

5.5.1. Verwendete Daten für Annahme 7

Für die Nachvollziehbarkeit der vorgestellten Ergebnisse werden die verwendeten Daten im Folgenden dargestellt.



[32]

6. Strukturelle Aspekte der Erzählung der versagenden Stadt

Die **Erzählung von der versagenden Stadt** hat konkrete Hintergründe und eine eigene Historie, die hier nur rudimentär wiedergegeben werden können. Zu den herausragenden Ereignissen zählt mit Sicherheit die spektakulär gescheiterte Eröffnung des Flughafens BER im Jahr 2012, die vergeigte Wahl 2021 war unzweifelhaft der letzte Höhepunkt. Zumindest beim Flughafen BER war auf Arbeitsebene weit im Vorfeld klar, dass der Eröffnungszeitpunkt mindestens in Frage stand.

Das Phänomen, dass **Politik die fachlichen Einschätzungen der Arbeitsebene nicht ausreichend würdigt**, bildet sich auch an anderen Beispielen ab. So gilt dies auch für die Neigung, gute Projekte zeitlich so beschleunigen zu wollen, dass ihre auch nur annähernd fristgerechte Realisierung von vornherein unmöglich ist. Als prominente Beispiele seien die Schulbauoffensive und die Digitalisierung der Verwaltung genannt. Bereits bei Ausrufung der Projekte war auf Fachebene klar, dass der jeweils avisierte Zeitrahmen nicht einzuhalten, Scheitern also vorprogrammiert war.

Über Einzelereignisse, und seien sie auch noch so spektakulär, hinaus zeigen sich **strukturelle Dysfunktionalitäten**, die zusammen mit der presseöffentlichen Wahrnehmung und Verbreitung die Erzählung von der versagenden Stadt gestützt und so der Wahlkampagne der Union eine allgemeine Glaubwürdigkeit verliehen haben.

Eine der o.g. Dysfunktionalitäten ist das **Zusammenspiel zwischen Land und Bezirken**. Bezüglich der politischen Ebenen lässt sich einerseits ein verbreitetes Misstrauen der Landespolitik gegenüber der Kompetenz und Glaubwürdigkeit der Bezirkspolitik feststellen. Andererseits sind die Mitglieder der Bezirksämter in ihrer Amtsführung recht frei und nur der im Allgemeinen sehr unvollkommenen Kontrolle der Bezirksverordnetenversammlungen und ggf. noch des betreffenden Bezirksamtsgremiums unterworfen. Auch die Bezirksbürgermeister:innen haben diese Rolle und diese Kompetenz nicht.

Im Ergebnis hat die **Landespolitik** die Tendenz, Einschätzungen und Rückmeldungen der Bezirkspolitik auf finanzielle Forderungen zu reduzieren und zu negieren. Auf der Bezirksseite hat ein **einzelnes Bezirksamtsmitglied** im Rahmen seiner Ressortverantwortung und der eigenen Amtsführung die Möglichkeit, Vorgaben und Ziele der Landespolitik bewusst auszuhebeln und zu konterkarieren. Beides gemeinsam führt dazu, dass wichtige Vorhaben der Landespolitik nicht oder nur rudimentär zur Umsetzung gelangen, was die Erzählung von der versagenden Stadt stützt.

Darüber hinaus ist das System der **Refinanzierung der Bezirke auf Wettbewerb und auf Einsparungen** angelegt. Vorgaben des Haushaltsgesetzgebers und Genehmigungspflichten erschweren und verzögern die Aufgabenwahrnehmung. Personalaufbau zur Aufgabenerledigung wurde z. B. regelmäßig selbst bei vorhandenen finanziellen Mitteln durch die Nichtgenehmigung der Anmietung von zusätzlichen Büroflächen durch den Haushaltsausschuss verunmöglicht.

Innerhalb der SPD bildet sich die **gestörte Kommunikation der Ebenen** analog ab. Z.B. wurden die monatlichen Treffen der SPD-Bezirksamtsmitglieder von den SPD-Senator:innen fast nie zum direkten fachlichen Austausch genutzt. Die offiziellen Stadträtesitzungen – so sie denn stattfanden – und die Sitzungen des Rates der Bürgermeister sind jedoch kein adäquater

Ersatz für den internen Austausch und führten i.d.R. nicht zur Lösung der Konflikte. Für sie gilt das oben Gesagte zur Kommunikation zwischen den Ebenen.

Soll die Erzählung von der versagenden Stadt als Politikversagen mit der SPD als Hauptschuldiger langfristig aufgelöst werden, sind nicht nur Reformen der Verwaltung notwendig, sondern auch eine **Veränderung der SPD-internen Kommunikation**. Dies gilt vor allem, falls die SPD weiterhin in Regierungsverantwortung bleiben sollte.

7. Analyse der Annahme 8 anhand der politikwissenschaftlichen Theorie der Konfliktlinien⁴

7.1. Ergebnisse Annahme 8

Achte Annahme: SPD bediente im Wahlkampf keinen gesellschaftlichen Konflikt. Das Narrativ einer SPD, die Politik „für alle“ macht, ist gescheitert.

Die **achte Annahme** wird mit Hilfe der Theorie der Konfliktlinie (Cleavages-Theory) sowie einer Gegenüberstellung von Kampagnen der CDU, Grüne und SPD bearbeitet.

- Die kursorische Gegenüberstellung der Wahlkampfkampagnen macht deutlich: Während Grüne und CDU sich durchaus offen für Partikularinteressen einsetzten und klar ein gesellschaftliches Spannungsfeld bespielten, versuchte sich die SPD in einem „Wahlkampf für alle“.
- Die SPD vernachlässigte mit diesem „Catch-all“-Ansatz die Besetzung eines gesellschaftlichen Spannungsfeldes und setzt stattdessen auf das Motto „ZUSAMMEN BERLIN“.
- Die SPD machte in ihrer Kampagne deutlich, dass sie „die ganze Stadt im Blick“ habe.
- Die SPD sei die „ausgleichende Kraft zwischen unterschiedlichen Interessen“ und Sie habe mit Franziska Giffey eine „Steuerfrau“, die genau das leiste.
- Eine klare Positionierung der SPD auf eine oder mehrere gesellschaftliche Konfliktlinien blieb aus.

⁴ In der politikwissenschaftlichen Forschung gibt es eine Vielzahl von Ansätzen und Modellen, die versuchen das Wahlverhalten von Bevölkerungen sowohl kurz- als auch langfristig zu erklären. Bereits in den 1960er Jahren entwickelt, aber bis heute die Parteien- und Wahlforschung prägend, ist das sog. „Cleavage-Konzept“ (dt. Konfliktlinien-Konzept). Die Erfinder, Seymour Lipset und Stein Rokkan, beschreiben darin – einer soziologischen Betrachtung folgend – Parteien als Produkte sozialstruktureller Konflikt- und Spannungslinien. Sie schlussfolgern, dass Parteien dann erfolgreich sind, wenn es ihnen gelingt, relevante gesellschaftliche Konflikte oder Spannungen aufzugreifen und in politische Kampagnen umzusetzen.

Lipset und Rokkan folgend entwickelten sich europäische Parteiensysteme im ausgehenden 19. Jahrhundert anhand vier gesellschaftlicher Konfliktlinien: Kapital gegen Arbeit, Kirche gegen Staat, Stadt gegen Land, Zentrum gegen Peripherie. Diese historischen Spannungsfelder können heute nicht mehr als umfängliche Analysekatoren Verwendung finden, um Wahlentscheidungen zu erklären. Gesellschaftliche Transformationsprozesse, wie eine zunehmende Individualisierung, sich wandelnder Medienkonsum und die Entstehung neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien werden in der Politikwissenschaft als Gründe für eine Überarbeitung dieses historischen Ansatzes genannt.

Der Politologie Thomas Meyer schlägt beispielsweise Kosmopoliten gegen Kommunitaristen, Weltbürger gegen Nationalisten, Globalisierungsgewinner gegen -verlierer als „neue“ gesellschaftliche Spannungsfelder vor. Gleich welche Konfliktlinien konkret von der Wahlforschung ausgemacht werden – klar ist: Damit Parteien kurz- und langfristig bei Wahlen erfolgreich abschneiden, müssen sie gesellschaftliche Konfliktlinien ausmachen, diese mit konkreten Politikangeboten besetzen und über eine entsprechende Kampagnenführung bespielen.

7.2. Abbildung der Konfliktlinien in Berlin in den Kampagnen von SPD, CDU und Grünen

Kampagne der CDU:

Mit Blick auf die hier zu betrachtende Berlinwahl 2023 lohnt zunächst ein Blick auf den „Wahlgewinner“, die CDU und deren Kampagne. Eine Analyse der hier gesetzten Schwerpunkte zeigt, dass – neben der allgemeinen Kritik an Senat und einer „dysfunktionaler Stadt“ – klar ein konservatives, risikoaverses und zugleich älteres Milieu angesprochen wurde⁵. So wurde deutlich gegen eine Verkehrswende argumentiert und für eine weitestgehende Beibehaltung des Autoverkehrs auch innerhalb des S-Bahn-Rings eingetreten: „Berlin ist für alle da. Auch für Autofahrer“. In Folge der Ausschreitungen in der Silvesternacht wurde klar für eine harte „Law-an-Order“-Politik geworben und z.T. gegen Menschen mit Migrationshintergrund agitiert: „Vornamen-Anfrage“ im AGH, „Pascha-Entgleisung“ von Friedrich Merz. Schlussfolgern lässt sich folglich, dass es der CDU erfolgreich gelungen ist, das Spannungsfeld zwischen einer urbanen, ökologischen und kosmopolitischen Vorstellung von Gesellschaft auf der einen Seite und einer eher konservativ bis reaktionären Vorstellung des Zusammenlebens zu bespielen.



rbb24 | 12.02.2023 | Bild: imago images

⁵ Vgl. RBB, CDU punktet in Außenbezirken - und mit Verkehrspolitik, URL: <https://www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2023/beitraege/berlin-wahl-cdu-erfolg-gruende-verkehr-alte-waehler-bezirke.html>

Kampagne der Grünen:

Auch Bündnis 90/die Grünen gelang es sich in diesem Spannungsfeld zu positionieren. So setzten Sie im Schlussspurt des Wahlkampfes mit der autofreien Friedrichstraße ein deutliches, wenn auch kontrovers diskutiertes, Zeichen, wohin es Verkehrspolitisch gehen soll: Im Zweifel werden Interessen von Geschäftstreibenden oder Pendlern vernachlässigt, um die Idee der autofreien Stadt voranzutreiben. Auch stellte sich die Spitzenkandidatin Jarasch hinter den Volksentscheid „Berlin 2030 Klimaneutral“, obgleich sie dessen Umsetzbarkeit wenige Wochen zuvor anzweifelte. Die Botschaft ist indes klar: Einem schnellen Kampf gegen den Klimawandel sowie den schnellen und dabei radikalen Umbau der Stadt ist vieles unterzuordnen. Punkten konnten Sie dabei vor allem bei einem jungen und urbanen Milieu, dem Ökologie besonders wichtig ist. Sie konnte sich folglich als deutlich Gegenspieler zur Position der CDU positionieren und auf der anderen Seite des gleichen Konfliktlinie argumentieren.

Kampagne der SPD:

Die SPD setzt im Wahlkampf zur Wiederholungswahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2023 auf das Motto „ZUSAMMEN BERLIN“.⁶ In der Kampagne wurde immer wieder deutlich gemacht, dass die SPD „die ganze Stadt im Blick“⁷ habe, denn angesichts „multipler Krisen, können die Aufgaben nur in gemeinsamer Kraftanstrengung bewältigt [werden]“. Die SPD sei die „ausgleichende Kraft zwischen unterschiedlichen Interessen“ – und Sie habe mit Franziska Giffey eine „Steuerfrau“, die genau das leiste. Dieses Narrativ wurde durch den kurzen, aber intensiven Wahlkampf durchgehalten. Eine klare Positionierung auf eine oder mehrere gesellschaftliche Konfliktlinien blieb indes aus.



SPD Berlin | 02.01.2023 | Bild: Fionn Große

⁶ SPD Berlin, Die Kampagne für die Abgeordnetenhauswahl 2023, URL: <https://spd.berlin/magazin/aktuelles/kampagne-abgeordnetenhauswahl-2023/>

⁷ Ebd.

8. Zusammenfassung:

Das Wahlergebnis (Spandau und Berlin) und die aufgeführten Vor- und Nachwahlbefragungen bestätigen und verstärken einige Trends, die der SPD bereits länger zu schaffen machen: eher kleine – wenn auch stabile – Stammwählerschaft, geringer Zuspruch bei Jung- und Neuwähler:innen, sinkende Kompetenzzuschreibungen bei wesentlichen Zukunftsfragen, Unklarheiten in der politischen Positionierung.

Der kurze Wahlkampf war darüber hinaus von einigen Besonderheiten geprägt, die sich auf das Wahlergebnis der SPD negativ ausgewirkt haben. Waren zunächst die Grünen Hauptkonkurrent im Kampf um das Rote Rathaus, drehten sich die Umfragen zugunsten der CDU. Damit geriet deren Narrativ der versagenden Stadt mit ihrer Schuldzuschreibung zur SPD in den Fokus der Berichterstattung und damit auch der Wahrnehmung der Bürger:innen. Dabei hat sich das Narrativ der versagenden Stadt über einen sehr langen Zeitraum aufgebaut (Bankenskandal, Sparen bis es quietscht, BER, Bürgerämter etc.). Das Narrativ war also nicht Ergebnis des Wahlkampfes, es wurde nur in diesem erfolgreich von der CDU genutzt.

Das Narrativ der versagenden Stadt hat also einen realen Hintergrund. Es bildet sich seit Jahren an vielen Stellen in der Stadt ab und ist für die Bürger:innen erlebbar. Unter anderem deshalb hatte es so eine starke Durchsetzungskraft. Die Schuldzuschreibung zur SPD war nicht nur wegen ihrer langen Regierungszeit an sich erfolgreich, sondern es gibt auch strukturelle, SPD-interne Gründe. Zwei der wesentlichen Ursachen sind das über lange Zeit bestehende SPD-interne Kommunikationsversagen zwischen den politischen Ebenen zusammen mit der Neigung nicht-erfüllbare (Wahl-)Versprechen zu machen. Beide Aspekte zusammen führen in der Konsequenz zu zahllosen Enttäuschungen – also zum (zumindest teilweise selbst verursachten) „Versagen der Politik“.

Darüber hinaus wurden die ungelösten Probleme und thematischen Konfliktlinien der Stadt Berlin (Verwaltungsversagen, Verkehrschaos, Bildungsmisere, Wohnungsnot etc.) von CDU und Grünen sehr viel eindeutiger und mit klarerer Positionierung adressiert. Die SPD-Positionen blieben unscharf und defensiv. Das Narrativ der „Politik für alle“ traf nicht den Nerv der Zeit und verfiel. Das thematische Sowohl-als-auch erschien von außen als Beliebigkeit, wodurch eine Abgrenzung von der Konkurrenz CDU und Grüne nicht mehr gelang. Innerparteiliche Differenzen zu politischen Einzelfragen belasteten den Wahlkampf zusätzlich.

Mit einer Regierungszeit seit der regulären Wahl 2021 von gerade einmal rund 14 Monaten konnte das politische Spitzenpersonal der SPD die oben genannten Trends nicht wenden, zum Teil standen sie selbst auch erheblich in der Kritik. Das konnte auch die in allen Umfragen führende Spitzenkandidatin Franziska Giffey nicht ausgleichen.